

Sächsische Volkszeitung

Ercheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich
1,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz
Deutschland frei Haus 2,50 M.; in Oesterreich 4,45 K.
Abgabe B ohne illustrierte Beilage vierteljährlich 1,20 M.
In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei
Haus 2,20 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 J.

Unabhängiges Tageblatt
für **Wahrheit, Recht und Freiheit**

Interate werden die Spaltenweise abgedruckt aber deren Raum mit
20 J. Reklamen mit 60 J die Stelle berechnet, bei Wiederholungen
entsprechenden Rabatt.
Verleger: **Verlagsgesellschaft** und **Verlagsdruckerei**
Dresden, **Pillnitzer Straße 43.** — **Druckpreis 1300**
Für Rückgabe unterlagst. **Schriftliche keine Verabredungen**
Redaktions-Exemplare: 11 bis 12 Uhr.

Die nationale Haltung des Zentrums.

Es gehört zu den unbegründeten Anklagen gegen das Zentrum, wenn ihm nationale Unzuverlässigkeit vorgeworfen wird. Es gibt keine Partei, die Prinzipientreue mit Nationalität in so konsequenter Weise verknüpft, wie es das Zentrum tut. Während allgemein das politische Schlagwort do ut des den Parteien als Richtschnur dient, während man taktische Vorteile aus der Notlage der Regierung zu ziehen sucht, betritt das Zentrum diesen Weg nicht. Man hat es ihm daher selbst in Zentrumskreisen zum Vorwurf gemacht, daß es solche Momente nicht auszunutzen verstehe; es lasse überall dort die Entschiedenheit vermissen, wo seine Machtstärke für die Annahme und Ablehnung einer Vorlage den Ausschlag gebe. Wiederholt haben Leute, die es tabeln, daß das Zentrum keine konfessionelle Partei sei, in dieser Zurückhaltung einen Mangel an Katholizität erblickt. Wir nennen nur das „Oesterreichische katholische Sonntagsblatt“, über dessen Auslassungen wir wiederholt berichten mußten. Manche sind der Ansicht, daß das Jesuitengefetz längst verschunden wäre, würde das Zentrum wichtige nationale Vorlagen nur dann bewilligen, wenn der Reichskanzler mit dessen Aufhebung einverstanden wäre. Ebenso könnte dem Duell ein Ende bereitet werden, falls das Zentrum nur unter dieser Bedingung seine Zustimmung zur Wehrvorlage geben würde.

So urteilt mancher Laie und mancher Scheinfreund des Zentrums. Die Herren haben sich jedenfalls noch nie die Frage beantwortet, ob ein solches Vorgehen mit der nationalen Gesinnung und der Reichstreue vereinbar und ob überhaupt durch diese Taktik ein Erfolg möglich ist. Beide Fragen sind zu verneinen.

Es standen jetzt im Reichstage die Wehrvorlagen zur Debatte. Sie wurden als notwendig anerkannt, um die Machtstellung des Reiches zu Wasser und zu Lande aufrecht zu erhalten. Ganz Europa und besonders die Vettern jenseits des Karmelkanals und ihre französischen Freunde beobachteten die Stellung des Reichstages mit gespanntem Interesse. Jedes unbedachte Wort wurde in der ausländischen Presse als Zugeständnis betrachtet, daß die Vorlagen als Vorbereitung zum Kriege dienen und daß die kriegerische Partei am Hofe die Oberhand gewonnen habe. Jede Opposition gegen die Vorlagen unterläßt die Ansicht, daß eine Notwendigkeit von den Parteien, die den Frieden wünschen, nicht anerkannt werde. Ein Ruhmeskranz wurde daher vom Auslande um die Stirnen der 110 Sozialdemokraten geschlungen, denn ihre die Vorlagen ablehnende Politik wurde in die wahre Volkstimmung umgemünzt. Eine Partei mit drei Millionen Wählern im Herzen des nationalen Gegners als Verbündete zu wissen, ist ein Lobsal für englische und französische Herren. Das Zentrum hat in der Generaldebatte den Duellzwang scharf angegriffen, provoziert durch die ungeschickte Antwort des preussischen Kriegsministers. Sollte es deshalb die Taktik der Sozialdemokratie befolgen? Sollte es zur Freude der Gegner nur unter der Bedingung die Wehrvorlagen bewilligen, wenn der Duellzwang abgeschafft wird? Das nationale Bewußtsein läßt eine solche Handlungsweise nicht zu. Daher stimmte das Zentrum geschlossen für die Wehrvorlagen und machte die Duellfrage keineswegs zum Streitpunkte innerhalb der Debatte. Erst nach Annahme des Gesetzes wurde sie sowohl in der Kommission als auch im Plenum getrennt behandelt. Die Zentrumsgegner hatten ihm so viel taktische Klugheit und nationales Empfinden nicht zugetraut. Die „Leipz. Revue. Nachr.“ argwöhnten sofort, das Zentrum wolle einen Keil in die Einigkeit der nationalen Parteien treiben, die Tatsache hat sie gelehrt, daß es seine patriotische Pflicht kennt und erfüllt.

Ebenso steht es mit dem Jesuitengefetz. Es gibt Katholiken, die es dem Zentrum als Schwäche auslegen, weil es die Annahme der Wehrvorlagen nicht von der Bedingung der Aufhebung des Ausnahmegesetzes abhängig gemacht hat. Es ist dies der Ausfluß einer politischen Unschuld. Was die Sozialdemokraten aus Mangel an jeder Reichstreue und jeder nationalen Gesinnung tun, kann eine so hoch entwickelte nationale und reichstreue Partei, wie es das Zentrum ist, nicht tun. Es ist ihm noch nie eingefallen, auch nicht einmal in der Zeit des schärfsten Kulturkampfes, die Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten von der kirchenvollständigen Gesetzgebung abhängig zu machen. Ist das Deutsche Reich leider durch die konfessionellen Kämpfe zerrissen, so darf diese Schwäche im Innern nicht noch vermehrt werden, daß ihm die Machtmittel auch außen entzogen werden durch Verwässerung des Budgets oder der notwendigen Aufwendungen für Landwehr und Flotte. Dieses Rezept kann schließlich in einem parlamentarisch regierten Staate angewendet werden. Dort gilt es, ein Ministerium zu Falle zu bringen, das der Wahrheit nicht genehm ist. Findet z. B. in Oesterreich oder Frankreich die Regierung für ihr Budget keine Bewilligung, so muß es demissionieren, ein der Mehrheit genehmes Kabinett kommt ans Ruder, und diesem wird das Budget oder die Regierungsforderung glatt bewilligt. Solche politische Kraftproben sind in einem Reiche, wie es Deutschland ist, zwecklos. Durch die Ablehnung einer Regierungsvorlage wird die Stellung des Reichskanzlers und seiner Staatssekretäre nicht erschüttert,

es würde höchstens zu einer Auflösung des Reichstages kommen und dabei würde nur jene Partei schlecht abschneiden, deren mangelndes nationales Empfinden dem Reiche die notwendigen Mittel für sein Gedeihen verweigert hätte. Die Sozialdemokraten allerdings, deren Programm offen reichsfeindlich ist, würde höchstens die Masse jener Ueberläufer einbüßen, deren rote Stimmungsetz ein Protest der Unzufriedenheit, keineswegs aber den Mangel an nationaler Gesinnung bedeutet.

Eine solche Taktik würde die Mißbilligung aller Zentrumsmitglieder finden. Die gesamte Zentrumspresse müßte darin eine unmoralische Tat erblicken und sie scharf bekämpfen. Die Möglichkeit, einen solchen Fehler zu begehen, ist durch die nationale Gesinnung im Zentrum ausgeschlossen. Das mögen sich alle jene nationalen Blätter als Lehre aus den Vorkommnissen der letzten Sitzung im Reichstage ziehen, die mit hämischer Schadenfreude die Möglichkeit in Betracht zogen, daß Duellfrage oder Jesuitengesetz in die Debatten der Wehrvorlagen hineingezogen würden, um den Reichskanzler in eine Zwangslage zu versetzen. Solche Verdächtigungen sind durch die Vergangenheit des Zentrums vollständig unbegründet und wurzeln nur im Haß gegen dasselbe.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 13. Mai 1912.

Der Duellantrag.

Nach vielen Bemühungen und in zahlreichen Verhandlungen ist folgender Antrag in der Budgetkommission angenommen worden: Die Kommission wolle beschließen, folgende Resolution anzunehmen: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alsbald Schritte zu tun, die geeignet sind, die Zweikämpfe zu befeitigen, insbesondere dem Zwange zur Herausforderung zum Zweikampfe und zur Annahme eines solchen entgegenzutreten; vor allem aber schleunigst zu veranlassen, daß die Bestimmungen der Ordre vom 1. Januar 1897 über die Einschränkung und Vermeidung der Zweikämpfe überall und in allen Teilen zur strengsten Durchführung gelangen, daß namentlich a) Personen von ehrloser Gesinnung für einen Ehrenhandel unter allen Umständen ausscheiden, b) gegen die Beleidiger schleunigst scharf vorgegangen wird, c) Ehrenhändler erst nach erfolgtem ehrengerichtlichen Verfahren zum Austrage gebracht werden, d) die Ablehnung eines Zweikampfes aus religiösen oder sittlich berechtigten Bedenken ebenso wenig wie Streitigkeiten dienstlicher oder privatgeschäftlicher Natur zum Gegenstande eines ehrengerichtlichen Verfahrens gemacht werden.

Der Sozialdemokrat Ledebour hielt natürlich diesen Vorschlag für ganz ungenügend und forderte zwangsweise Entfernung aller Duellanten aus dem Heere.

Abg. Dr. Gröber (Ztr.) legte den Hauptwert auf die Befeitigung des Duellzwanges; das Duell selbst werde wie alle anderen Verbrechen trotz der höchsten Strafen nicht aus der Welt geschafft werden können. Ganz anders aber sei es mit dem Zwange zum Duell; hier müsse scharf eingegriffen werden. Der Kriegsminister selbst habe das Duell als ein Uebel bezeichnet, da müsse man sich einigen können auf einen gemeinsamen Weg zur Bekämpfung. Die Resolution des Zentrums zeige diesen Weg. Leider hielten sich die Gerichte bei Beleidigungen zu sehr an der unteren Grenze, statt nach oben zu gehen; auch werde der Zweikampf zu milde bestraft. Diesen Punkt werde das Zentrum stets weiter verfolgen. Aber was sei sofort zu erreichen? Eine Verschärfung der Kabinettsordere, darum der Antrag der Kommission. Damit anerkenne man in keiner Weise das Duell; man weise nur auf einen Weg zur Befeitigung desselben. Auch die Kabinettsordere von 1897 ist auf Anregung des Reichstages erlassen worden; insolge dieser Maßnahme ist die Zahl der Duelle sehr stark zurückgegangen, wie Redner durch Zahlen nachweist. Reserveoffiziere sind am Duell stärker beteiligt als aktive Offiziere. Nicht alle Kommandeure halten auf göttliche Beilegung der Streitigkeiten, wie es die Ordere fordert. Wer die Frau eines Kameraden verführt, ist so ehrlos, daß er gar nicht mehr satzungsfähig ist, stellt der Redner als ersten Versuch auf und er wird allgemeine Zustimmung finden, auch in den Kreisen der Offiziere. Wer es absichtlich zum Duell treibt, um einem anderen zu schaden, muß aus dem Heere entfernt werden, heißt es weiter. Der Kaiser könnte dem Duell mit einem Schlag ein Ende machen, wenn er das erlösende gewaltige Wort sprechen würde. Lebhafter Beifall folgte der meisterhaften Rede.

Dann kam für die Konservativen Graf Westarp zu Worte; er stimmt für die Resolution nicht, da es nur Sache des Kaisers sein könne, hier einzugreifen. Der Reichstag könne nicht Vorschriften erlassen.

Unter lebhafter Spannung erklärte nun Kriegsminister v. Heeringen, daß die Kabinettsordere nur sage, daß jeder Offizier mit seiner ganzen Person für seine Ehre sich einsetzen müsse, daran lasse sich nichts ändern, selbst wenn es zu erbischen Konflikten führen würde. Alle europäischen Heere hätten eine ähnliche Auffassung. Die Stellung zum Duell sei eine Gefühlsache allerpersönlichster Art. Der Befehlgeber schätze die persönliche Ehre nicht in ausreichender Weise. In einer idealchristlichen Welt gebe es keine Duelle

mehr, aber solche Ideale habe man nicht auf dieser Erde. Auch die Armeekämpfe das Duell, aber auf dem praktischen Wege der Kabinettsordere. Darum stimme er dem Antrage des Zentrums zu, dieser greife auch nicht in die Kommandogewalt des Kaisers ein. Er sei bereit, dafür einzutreten, daß die Ungrenzungen dieses Antrages geprüft würden und daß die Kabinettsordere überall durchgeführt werde. An die Ehre des deutschen Offizierkorps trete man mit Vorsicht heran. Die Rechte nur lohnte die Ausföhrungen mit Beifall.

Der nationalliberale Abg. Schiffer hob die grundsätzliche Einigkeit des Reichstages hervor, aber die Konservativen seien zu sehr resigniert vorgegangen. Der Redner stimmt der Resolution des Zentrums zu.

Die freisinnige Partei schickte heute den Pastor Heyn vor, der gegen den Kriegsminister polemisierte. Seine politischen Freunde seien prinzipielle Gegner des Duells.

Der Reichsparteiler Mertin erklärte sich gegen die Resolution, da sie in die Kommandogewalt des Kaisers eingreife; der Pole Brandys ist für die Resolution aus religiösen und rechtlichen Gründen; Herzog (W. B.) schloß sich dem an.

Nach einem kurzen Redegesetz zwischen Ledebour und Schiffer kommt man zur Abstimmung. Der oben genannte Antrag des Zentrums wird gegen die Stimmen der Konservativen und der Sozialdemokratie angenommen, was große Heiterkeit hervorruft.

Folgender Antrag der Sozialdemokraten wird mit 144 gegen 122 Stimmen angenommen: Der Reichstag wolle beschließen, die erforderlichen Schritte zu tun, damit ein Offizier, der ein Duell ablehnt, unter keinen Umständen deshalb aus dem Heere entlassen werden darf. Eine Reihe von Etatsstellen wird ohne Debatte erledigt. Der Militäretat wird bis zu den technischen Instituten erledigt.

Politische Rundschau.

Dresden, den 14. Mai 1912.

— **Der Kaiser im Reichslande.** Der Kaiser und die Prinzessin Viktoria Luise sind am Montagvormittag in Straßburg eingetroffen. Zum Empfange hatten sich eingefunden Prinz Joachim, Prinz August Wilhelm, der Statthalter Graf v. Wedel, Fürst zu Fürstenberg, Staatssekretär Freiherr Jörn v. Bulach, der kommandierende General des 15. Armeekorps v. Faber, der Gouverneur von Straßburg, Freiherr v. Eglhoffstein, Polizeipräsident Lang und andere. Die Einfahrt des Kaisers vollzog sich unter lebhaften Rundebungen des Publikums und unter dem Geläute der Glocken. Straßen und Häuser sind festlich geschmückt. Der Kaiser hat im Kaiserpalast Wohnung genommen. Der Kaiser, die Prinzen und die Prinzessin, sowie die Umgebung nahmen das Frühstück bei dem Staatssekretär Freiherrn Jörn v. Bulach ein. Um 2 Uhr 30 Minuten trat der Kaiser eine Fahrt nach der Hofkönigsburg an. Im ersten Automobil hatte der Kaiser mit seinen beiden Söhnen und seiner Tochter Platz genommen. In der Begleitung befanden sich der Statthalter v. Wedel und der Staatssekretär v. Aiderlen-Wädter. Der Kaiser passierte um 3 Uhr 25 Minuten Schlettstadt, wo sich in den neuen Anlagen ein zahlreiches Publikum angesammelt hatte, das den Kaiser mit herzlichen Ovationen begrüßte.

— **Prinzessin August Wilhelm** ist zum Chef des kurbrandenburgischen Dragoner-Regiments Nr. 14 in Colmar ernannt worden. Früherer Chef des Regiments war der verstorbene König der Belgier, Leopold II.

— **Prinz Heinrich XIII. Reuß j. L.** ist gestern nachmittags 5 Uhr auf Schloß Osterstein nach kurzem schweren Krankenlager am Scharlachfieber im Alter von 18 Jahren gestorben. Der Verstorbene war der älteste Sohn des Regenten der beiden Reuß, des Erbprinzen Heinrich XXVII. Reuß j. L.

— **Preussisches Abgeordnetenhaus.** Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Entscheidung des Hauses über den Einspruch des Abg. Vorchardt gegen seine Ausschließung von der Sitzung am 9. d. M. Das Haus beschließt mit 319 Stimmen gegen 8, daß die Ausschließung gerechtfertigt war. Der Stimmabgabe enthalten haben sich die Polen und zwei Freisinnige. Es folgt die zweite Beratung der Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung des 7. Titels des allgemeinen Berggesetzes. Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Darauf wird die erste Lesung des Eisenbahnsektengesetzes fortgesetzt. Eine Reihe von Einzelwünschen wird vorgetragen. Weiterberatung folgt Dienstag.

— **Die Aufregung über die Sendung Marshalls** hält an. In Frankreich beschäftigen sich die Blätter fortgesetzt mit den Meldungen über die Ernennung des Freiherrn Marshall v. Bieberstein zum deutschen Vorkämpfer in London und über deutsch-englische Annäherungs-Verhandlungen. „Gaulois“ schreibt: So sehr auch die englische radikale Partei eine Annäherung an Deutschland wünschen mag, wird sie es sich doch überlegen, ehe sie Vorschläge unterzeichnet, die die Engländer allzusehr an die Seite ihrer Gegner vorsetzen lassen würden. Die Engländer sind auf ihre politische Unabhängigkeit ganz besonders stolz und wissen, daß eine allgemeine Verständigung mit Deutschland das Ende der Entente cordiale bedeuten würde. Gaben sie Interesse daran? „Figaro“ schreibt: Am bemerkenswertesten sind die gegen-